

Teil A - 5 Hinweise, nachrichtliche Übernahmen, Kennzeichnungen

Hinweise auf sonstige geltende Vorschriften und Regeln, nachrichtliche Übernahmen, Kennzeichnungen

Geotechnik

Das Plangebiet befindet sich auf Grundlage der am LGRB vorhandenen Geodaten im Verbreitungsbereich quartärer Lockergesteine (holozänes Auensediment) mit im Detail nicht bekannter Mächtigkeit.

Mit einem kleinräumig deutlich unterschiedlichen Setzungsverhalten des Untergrundes ist zu rechnen. Ggf. vorhandene organische Anteile können dort zu zusätzlichen bautechnischen Erschwernissen führen. Der Grundwasserflurabstand kann bauwerksrelevant sein.

Die lokalen geologischen Untergrundverhältnisse können dem bestehenden Geologischen Kartenwerk, eine Übersicht über die am LGRB vorhandenen Bohrdaten der Homepage des LGRB (<http://www.lgrb-bw.de>) entnommen werden. Des Weiteren auf Geotop-Kataster verwiesen, welches im Internet unter der Adresse <http://lgrb-bw.de/geotourismus/geotope> (Anwendung LGRB-Mapserver Geotop- Kataster) abgerufen werden kann.

Das LGRB weist aber darauf hin, dass im Anhörungsverfahren als Träger öffentlicher Belange keine fachtechnische Prüfung vorgelegter Gutachten oder von Auszügen daraus erfolgt. Sofern für das Plangebiet ein ingenieurgeologisches Übersichtsgutachten, Baugrundgutachten oder geotechnischer Bericht vorliegt, liegen die darin getroffenen Aussagen im Verantwortungsbereich des gutachtenden Ingenieurbüros.

Bei etwaigen geotechnischen Fragen im Zuge der weiteren Planungen oder von Bauarbeiten (z. B. zum genauen Baugrundaufbau, zu Bodenkennwerten, zur Wahl und Tragfähigkeit des Gründungshorizonts, zum Grundwasser, zur Baugrubensicherung) werden objektbezogene Baugrunduntersuchungen gemäß DIN EN 1997-2 bzw. DIN 4020 durch ein privates Ingenieurbüro empfohlen.

Auffüllung der Grundstücke / Erdaushub

Gemäß § 202 BauGB ist Mutterboden in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung und Vergeudung zu schützen. Nähere Ausführungen zum Vorgehen enthält die DIN 18 915 bzgl. des Bodenabtrags und der Oberbodenlagerung. Die DIN 18 300 "Erdarbeiten" ist zu berücksichtigen.

Bei Auffüllungen im Rahmen der Baumaßnahmen sind die "Vorläufigen Hinweise zum Einsatz von Baustoffrecyclingmaterial" und die "Handlungshilfe für die Verwertung von Gleisschotter in Baden-Württemberg" zu berücksichtigen. Es dürfen nur Mineralien zum Einbau kommen, die nach Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) den Vorsorgewerten für Böden bzw. den Vorgaben der Verwaltungsvorschrift für die Verwertung von als Abfall eingestuftem Bodenmaterial (VwV Boden) entsprechen. Der Einbau von Material, das den vorgenannten Kriterien nicht entspricht, ist rechtzeitig, vorab durch die Untere Bodenschutzbehörde zu prüfen.

Für Bohrungen besteht eine gesetzliche Anzeigepflicht (§ 4 Lagerstättengesetz) beim LGRB.

Sollten diese Regelwerke zum Zeitpunkt der Bauausführung nicht mehr gültig sein, so sind die zu dem Zeitpunkt gültigen vergleichbaren Regelwerke zu beachten.

Archäologische Funde

Archäologische Funde und Befunde müssen gemäß den Bestimmungen des Denkmalschutzgesetzes unverzüglich gemeldet werden. Die Fundstelle ist bis zum Ablauf des vierten Werktages nach der Anzeige in unverändertem Zustand zu halten, sofern nicht die zuständige Denkmalschutzbehörde mit einer Verkürzung der Frist einverstanden ist. Auf die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 27 DSchG wird hingewiesen. Ausführende Firmen sind auf die Meldepflicht von Bodenfunden wird hingewiesen (§ 20 i.V.m. § 27 DschG).

Hochwasser

Das Baufeld und der geplante Weg entlang der Alb liegen nach der aktuellen Hochwassergefahrenkarte außerhalb von Überschwemmungsgebieten. Bei Hochwasser werden hierbei für die östlich an das Baufeld angrenzende Alb Wasserstände zwischen 118,8 m NHN (HQ10) und 119,9 m NHN (HQextrem) angegeben. Das bedeutet, dass der HQextrem-Wert etwa auf bzw. knapp über dem aktuellen Geländeniveau liegt. Auf eine hochwasserangepasste Bauweise ist zu achten.

Wasserschutzgebiet

Das Plangebiet liegt in Zone IIIB des festgesetzten Wasserschutzgebiets "Ettlingen, Grundwasserwerk" (WSG-Nr-Amt 215.035).

Bodenbelastungen

Die Böden im Geltungsbereich weisen Bodenbelastungen auf (s. Kap. 5.4.1 der Begründung und Anlage B-8 Fachbeitrag Geotechnik), mit denen fachgerecht umzugehen ist.

Lärmschutz

Im Plangebiet sind gemäß Plan 17 des Fachbeitrags Verkehr und Schall (Anlage B-7) Fassadenseiten des Bürogebäudes dargestellt, an denen gemäß der eingeführten DIN 4109 aus dem Jahre 2016 zum Schutz vor Verkehrslärm vor schutzbedürftigen Räumen schalldämmende Außenbauteile der Lärmpegelbereiche III oder IV vorzusehen sind. Dies ist im Baugenehmigungsverfahren nachzuweisen. Die DIN 4109 ist beim Planungsamt der Stadt Ettlingen, Schillerstraße 7-9, während der allgemeinen Öffnungszeiten einsehbar und kann beim Beuth-Verlag bezogen werden.

Grünordnung und Artenschutz

Die Artenauswahl für Gehölzpflanzungen soll die standörtlichen Gegebenheiten berücksichtigen. Es werden Pflanzen aus regionaler Herkunft empfohlen.

Fachgerecht werden Bepflanzungen gemäß DIN 18916 und DIN 18917 durchgeführt bzw. gemäß DIN 18919 gepflegt. Zum Schutz bestehender Bäume, die erhalten bleiben, wird auf DIN 18 920 'Schutz von Bäumen, Pflanzenbeständen und Vegetationsflächen bei Baumaßnahmen' hingewiesen.

Bei einem Biodiversitätsdach handelt es sich um eine sehr strukturreiche Ausführung des extensiven Gründaches. Es beinhaltet amorphe Variationen der Substratoberfläche/-höhe zur Erweiterung des Artenspektrums der Bepflanzung (insbesondere von Futterpflanzen für Insekten und Vögel), vegetationsfreie Bereiche (Sandlinsen/ Grobkiesbeete), evtl. Substrataufhügelungen für Gehölzpflanzungen), temporäre Wasserflächen, Totholz und Insektennisthilfen. Die Tragfähigkeit des Daches muss auf die Substratschichtdicke sowie die notwendigen weiteren Belastungen, welche durch Anlage und Unterhaltung des Biotoptyps entstehen, ausgelegt werden. Für die Anerkennung sind die konkrete Ausformung auf dem Dach und die Herstellung der spezifische Artenzusammensetzung des Biotoptyps (Grasreiche ausdauernde Ruderalvegetation oder mindestens gleichwertig) darzustellen. Für die langfristige Entwicklung ist ein Pflegekonzept vorzulegen und ggf. ein Monitoring durchzuführen.

Bei der Umsetzung des Bebauungsplans darf nicht gegen die im Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) geregelten Verbote zum Artenschutz verstoßen werden. Nach § 44 Abs. 1 BNatSchG ist es unter anderem verboten, Tiere dieser Arten zu verletzen oder zu töten, sie erheblich zu stören oder ihre Fortpflanzungs- und Ruhestätten zu beschädigen oder zu zerstören.

Die artenschutzrechtlichen Verbote gelten für alle Bauvorhaben im Plangebiet unabhängig davon, ob die Vorhaben baugenehmigungspflichtig sind oder nicht. Bei Zuwiderhandlungen drohen die Bußgeld- und Strafvorschriften des §§ 69 ff BNatSchG.

Auf der Fläche und im Bereich der Ufervegetation der Alb befinden sich Bestände des invasiven Japanischen Staudenknöterichs (*Reynoutria japonica*). Diese invasive Art stellt eine Gefahr für die heimische Natur dar und muss im Rahmen des Baus gezielt behandelt werden. Die Baumaschinen sind beim Entfernen der Vegetation vor Verlassen des Geländes zu waschen, um eine Verschleppung des Japanischen Staudenknöterichs zu vermeiden. Zudem muss das Schnittgut dieser Pflanze abgedeckt transportiert werden. Die Reste sind zu vernichten.

Für die ökologisch fachgerechte Umsetzung der Maßnahmen ist üblicherweise eine ökologische Baubegleitung notwendig.

Ergänzend wird auf die Ergebnisse des Fachbeitrags Artenschutz verwiesen.

Bahnanlagen

Durch das Vorhaben dürfen die Sicherheit und die Leichtigkeit des Eisenbahnverkehrs auf der angrenzenden Bahnstrecke nicht gefährdet oder gestört werden.

Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z. B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können.

In unmittelbarer Nähe unserer elektrifizierten Bahnstrecke oder Bahnstromleitungen ist mit der Beeinflussung von Monitoren, medizinischen Untersuchungsgeräten und anderen auf magnetische Felder empfindlichen Geräten zu rechnen. Es obliegt dem Bauherrn, für entsprechende Schutzvorkehrungen zu sorgen.